

Auf der Suche nach der Ehrfurcht vor dem Leben

Tagung der „Herbert-Gruhl-Gesellschaft“

Vom 25. bis 27. September 2009 tagte die „Herbert-Gruhl-Gesellschaft“ im fränkischen Marktheidenfeld. Das Hotel „Schöne Aussicht“ wurde dafür sicher nicht zufällig als Tagungsort gewählt: In seinen Räumen wurde am 20. Juli 1975 unter Mitwirkung von Dr. Herbert Gruhl der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Anm.d.Red.) gegründet, dem er von 1975 bis 1977 selbst vorstand. Zahlreiche Vorträge und interessante Diskussionen drehten sich auf der Tagung um den heute inflationär gebrauchten Nachhaltigkeitsbegriff, die Ehrfurcht vor dem Leben und die Probleme heutiger Umwelt-, Natur- und Tierschutzvereinigungen.

Gleich zwei schlechte Nachrichten erhielten die Teilnehmer am 25. September. Der Träger des diesjährigen „Herbert-Gruhl-Preises“, der Philosoph, Abtreibungs- und Sterbehilfegegner Prof. Dr. Dr. hc. mult. Robert Spaemann, mußte krankheitsbedingt absagen, und auch ein Referent war leider verhindert. Der guten Stimmung und der Qualität der Veranstaltung schadete dies jedoch nicht. Überraschend hinzu stieß am Nachmittag des 26. September dafür Regina Maria Lehsel, Leiterin der Regionalgruppe Marktheidenfeld des „Vegetarierbund Deutschland“ (VEBU).

Volker Kempf, der Vorsitzende der „Herbert-Gruhl-Gesellschaft“, hielt am Abend des 25. September wie geplant seine Begrüßungsrede. Diese stand unter dem Leitsatz „Zwischen Kulturverfall und Umweltkrise“. Kempf kritisierte die heutige Umweltkrise als Folge eines europäischen Nihilismus. Dieser wiederum sei Folge eines totalen geistigen und ethischen Verfalls. Die Plünderung der Erde sei somit Ausdruck einer

Kulturkrise. Der Vorsitzende wörtlich: „Rückt man zudem den Tierschutz in den Horizont, wird das noch unterstrichen. Denn wie viele Tiere vernutzt werden, für Massengüter und den angeblichen medizinischen Fortschritt, läßt sich gar nicht mehr zählen. Selbst der Umgang mit dem ungeborenen menschlichen Leben ist unserer Kultur nicht heilig, im Gegenteil, die Schwächsten der Gesellschaft genießen nur noch sehr eingeschränkt einen rechtlichen Schutz. Dademsoist, kämpfen Natur-, Tier- und Ungeboreneneschützer an einer Front, in der einen und derselben Kultur.“

Unbedingter Lebensschutz

Am 26. September eröffnete der Medizinjournalist Rainer Klafka das Vortragsprogramm. Klafka ist Vorsitzender des Regionalverbandes Aachen der „Aktion Lebensrecht für Alle e.V.“ (ALfA). Er sprach zum Thema „Ungeboreneneschutz: Erfahrungen – Blockaden – Perspektiven“ und nahm dabei einen

Gedenkplatte am Hotel „Schöne Aussicht“



INSTITUT FÜR
MITWELTETHIK

eine Einrichtung der



AKT-
AKTION KONSEQUENTER
TIERSCHUTZ

gemeinnützige Gesellschaft mbH

streng katholischen Standpunkt ein. Er betonte jedoch, daß die ALfA eine überkonfessionelle Organisation für alle Lebensschützer sei.

Klafka kritisierte, daß Abtreibungen seit Ende der 1960er Jahre in den westlichen Demokratien eine Selbstverständlichkeit seien. Weder die Politik, noch die Kirchen hätten ein Interesse daran, den Abtreibungsparagraphen 218 StGB auf die Tagesordnung zurückzuholen. Dabei habe das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil vom 28. Mai 1993 ausdrücklich festgestellt, daß das Grundgesetz den Staat auch auf den Schutz des ungeborenen Lebens verpflichtete. Dies sei auch in der Rechtsordnung zu gewährleisten, und zwar nicht nur abstrakt, sondern auch konkret für jedes einzelne Ungeborene. Die jetzige Rechtslage, so der Referent, verstoße daher gegen die Würde des Menschen (Art. 1 I GG) und gegen das Recht auf Leben (Art 2 I GG).

Aus der Beratungspraxis berichtete Klafka, daß eine Schwangerschaft bei unsicheren Frauen zu einer

Denkblockade führe. Es entwickle sich die Haltung „Augen zu und durch... [die Abtreibungsprozedur]“. Mitarbeiter von Beratungsstellen berichten immer wieder, daß Studium/Ausbildung, Geldsorgen und die ablehnende Haltung des Kindsvaters die größten Sorgen seien. Dominierender Grund der Entscheidung sei jedoch die Angst, keine Karriere machen zu können. Dies seien aber alles lösbbare Probleme, die eine Abtreibung nicht rechtfertigen. Er hält es für erwiesen, daß Frauen, denen man in der Beratung die Lösungswege konkret aufzeigt, sich für das Kind entscheiden.

Überhaupt sei eine Abtreibung eine zu kurz gedachte Problemlösung. Mitarbeiter von Beratungsstellen hätten berichtet, daß der Schwangerschaftsabbruch im Nachhinein von der Frau als persönliches Scheitern empfunden werden könne. Viel schlimmer sei jedoch das „Post-Abortion-Syndrom“: Zum errechneten Geburtstag des Kindes können Jahresreaktionen auftreten (Zuhängen von Spiegeln, Panik durch Staubsaugergeräusche oder den Anblick von Kinderwagen usw.).

Der Medizinjournalist verurteilte aufs Schärfste, daß die gesamte gynäkologische Ausbildung auf eine Billigung der Abtreibung ausgerichtet sei. Ein Medizinstudent, der keine Abtreibung vornehmen möchte, könne sein Studium heute nicht mehr beenden. Schon die Stellenausschreibungen für Gynäkologen seien darauf ausgerichtet, daß man sich dieser Praxis nicht entziehen könne.

Auch die Abtreibungsdiskussion sei immer nur auf Extremfälle ausgerichtet, die das Klima bestimmen, aber gar nicht die Regel darstellen würden. So seien im Jahr 2008 21 Kinder, die infolge einer Vergewaltigung gezeugt wurden, offizieller Abtreibungsgrund gewesen; ein äußerst geringer Anteil der vom Statistischen Bundesamt für 2008 in Deutschland registrierten 114.484 Schwangerschaftsabbrüche. Klafka meint, daß die Dunkelziffer etwa doppelt so hoch war, was sich unter anderem aus Berichten der Krankenkassen folgern lasse.

Rainer Klafka distanzierte sich ausdrücklich von einer positiven



Im Gespräch während der Spessart - Exkursion

Bevölkerungspolitik. Das heißt, auch die Behinderung eines Kindes sei für ihn kein Abtreibungsgrund. Wohin der menschliche Drang führe, über Wert und Unwert eines Lebens entscheiden zu wollen, zeige der Vormarsch der aktiven Sterbehilfe. In den Niederlanden sei sie seit 2002 legal, in England ist sie geplant. Es finde mittlerweile eine Entsorgung von sozialen Lasten statt, die mit der Abtreibungsmentalität begonnen habe und nun jeden von uns noch im Alter treffen könnte. Insofern solle sich jeder gut überlegen, mit welchen Gründen er einem Embryo das Lebensrecht absprechen wolle.

Für die Zukunft plädierte Klafka für „Lebensschutz vom Anfang bis zum Ende“. Noch sei die Lebensschutzbewegung in Deutschland zwar schwach. Vor allem fehle ihr ein Aushängeschild aus dem öffentlichen Leben. Außerdem sei wegen der bunten Zusammensetzung der Aktivisten noch kein gemeinsames Grundziel formuliert worden, das man gemeinsam erreichen wolle und könne. Doch Bilder aus den USA, wo bis zu 80.000 Menschen an Lebensschutzmärschen teilnehmen, machen dem Referenten Hoffnung.

Die nach dem Vortrag einsetzende Diskussion kann hier leider nicht wiedergegeben werden. Sie war sehr kontrovers. Es meldete sich z.B. ein Notfallarzt zu Wort, der darauf hinwies, daß sein Alltag nicht nur aus einfachen „Ja- und Nein“-Antworten bestehe, wenn es um Leben und Tod ginge.

Gelähmte Riesen?

Den zweiten Vortrag des 26. September hielt Dr. med. Götz Fenske. Sein Thema lautete „Naturschutz: Gelähmte Riesen? Die großen Naturschutzverbände im Streit um eine ökologisch orientierte Politik“. Fenske ist seit über 50 Jahren im Naturschutz aktiv. So überraschte es nicht, daß er auch außerhalb seines Vortrages immer wieder die Veranstaltung mit hochinteressanten Wortbeiträgen bereicherte.

Der Referent holte in seinem historischen Überblick über die Geschichte des Umweltschutzes in Deutschland weit aus und verwies auf die Romantik als Wurzel der Ökologie. Seit etwa 100 Jahren hätten sich dann zunächst kleine, schließlich immer größer werdende Verbände zum Schutze von Tier-

und Pflanzenwelt gegründet. Erhaltenswert galt vorwiegend, was als „schön“ empfunden wurde, womit Dr. Fenske schließlich tief einstieg in den geistesgeschichtlichen Hintergrund des Umweltschutzes. Die Schilderungen können hier leider aus Platzgründen nicht angemessen vertieft werden.

Zur heutigen Lage meint Dr. Fenske: Die großen Umweltverbände stünden vor einer besonderen Problemaufschaukelung: Der Rückzug der Menschen aus dem Ehrenamt lasse die riesigen Verbände einerseits zu Riesen auf tönernen Füßen werden. Profis müßten diese Arbeit daher zunehmend wie einen Beruf ausüben. Andererseits verwenden Profis aber zwangsläufig eine volksferne Sprache, die den Bürger zusätzlich von der Arbeit der Verbände entfremde. Als Beispiel wurde hier der neue Modebegriff „Biodiversität“ genannt, der bei Profis nichts anderes als den Begriff Naturschutz ersetze.

Aber nicht nur hier sei der aktive (bzw. nicht mehr so aktive) Bürger das Problem. Es fehle schon die Möglichkeit, die den Bürger für Zukunftsprobleme zu sensibilisieren. Der technische Fortschritt habe dazu geführt, daß wir unser Leben immer weniger selbst gestalten könnten. Am extremsten zeige sich dies darin, daß wir sogar für die Gestaltung unserer Freizeit Geld benötigen. Es sei dadurch eine totale Abhängigkeit entstanden, die einen Menschen hilflos mache, sobald er ohne Geld in den Händen dastünde. Der tiefgreifende Wertewandel unserer Zeit sei dieser „ökonomischen Schreckstarre“ geschuldet. Konsum habe den Lebenssinn ersetzt. Niemand könne oder wolle sich noch etwas vorstellen unter Problemen, die uns im Jahre 2030 oder 2100 treffen werden. Daher habe der Naturschutz heute weniger Chancen denn je.

Dr. Fenske fand sich mit diesem Rückzugsgefecht aber nicht ab: „All das entbindet uns nicht von der Pflicht, für die Wende zu kämpfen – weil es keine Alternative gibt.“ Für ihn liege es klar auf der Hand, daß Großprojekte im Umweltschutz keine Massen mehr mobilisieren. Kleine Initiativen vor Ort der jeweils Betroffenen hätten einen weitaus größeren Zulauf und eine höhere Schlagkraft. Dies ließe sich schon psychologisch begründen: Wer selbst

betroffen ist, kämpft engagierter; immer! Wenn z.B. der BUND mit etwa 5 Millionen Mitgliedern einen Aktionstag veranstalte, kämen vielleicht 300 Leute. Genau so viele Leute kämen aber auch in einem Dorf zusammen, das sich gegen eine Autobahn oder eine Mastanlage wehre. Diese kleinen Initiativen gelte es daher zu begründen und zu fördern. Hier könnten die großen Umweltverbände höchstens flankierend eingreifen.

Waldgänger

Nach dem Mittagessen ging es bei heißstrahlender Herbstsonne auf eine dreistündige Wanderung in den Hochspessart. In Bischbrunn übernahm ein Beamter der (mittlerweile privatisierten) bayerischen Forstverwaltung die Führung der Gruppe. Von den 17.500 Hektar Waldfläche sind 5 % Eichenbestände.

Kontaktdaten aller beteiligten Einrichtungen:

www.herbert-gruhl.de
www.alfa-ev.de
www.vebu.de
www.akt-mitweltethik.de

Während sich die Buchenwälder natürlich verjüngen, müssen die Eichenbestände durch Aussaat erhalten und besonders geschützt werden. Im natürlichen Wettbewerb würde die Buche die Eiche verdrängen. Zudem gelte es, die Eichen(-aussaat) z.B. vor Wildscheinen zu schützen. Die Eichenbestände im Spessartgebiet sind bis über 300 Jahre alt. Begünstigt wurde diese Lage dadurch, daß das Gebiet dem Adel einst nur zur Jagd diente und nicht zur Holzgewinnung.

Rot- und Schwarzwild sind in diesem Waldgebiet ebenso zu finden wie vor

40 Jahre alter Eichenbestand bei Bischbrunn



etwa 20 Jahren dort ausgewilderte Wildkatzen. Auch zwei Luchse seien mittlerweile gesichtet worden. Der Forstbeamte hält es zudem für wahrscheinlich, daß in Zukunft die ersten Wölfe aus der Lausitz folgen werden. Besonders wichtig sei der Wald für Tierarten, die auf alte Bäume angewiesen seien, wie z.B. bestimmte Fledermausarten oder Spechte. Als besonders schutzbedürftige Tierarten im Spessart gäbe es zudem den Schwarzstorch und die einzige baumnistende Mauerschwalbenkolonie Deutschlands.

Die Zeit im Walde verging wie im Fluge. Zwischen den Kurzvorträgen und Diskussionen konnte man sich mit Bucheckern und Brombeeren vom Wegesrand versorgen.

Der Mensch als Psychopath

Nachdem über Lebensschutz und die großen Umweltverbände ausgiebig gesprochen wurde, brach am 27. September der letzte Vortrag eine Lanze für den Tierschutz. Der Tierschützer Peter Arras sprach zum Thema „Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach. Über die psychischen Ursachen des paradoxen Verhältnisses der Menschen zu ihren Mitbewesen“. Arras ist Begründer der „Aktion Konsequenter Tierschutz“ (AKT) und des „Institut für Mitweltethik und ethologische Psychologie“. Er ist seit über 30 Jahren aktiver Tierschützer, betreibt eine Auffangstation für Exoten und Wildtiere und wurde dafür in seinem Heimatort mit einem Preis ausgezeichnet.

Peter Arras „enttäuschte“ seine Zuhörer zu Beginn des Vortrages mit der Mitteilung, daß er nicht über Tierschutz reden wolle. Die weltweite Ausbeutung und Vernichtung der Tiere durch den Menschen sei allgemein bekannt. Er würdigte Dr. Herbert Gruhl als einen der „allerersten Politiker, die das volle Ausmaß dessen erfaßten, was man die systematische Plünderung eines Planeten nennt“. Arras wollte nicht zeigen, was der Mensch mache, sondern weshalb er es mache. Vorweg schob er daher die Ablehnung des Begriffes Umwelt. Die Welt um uns herum sei unsere Mitwelt, so wie die Menschen um uns herum Mitmenschen.

Sehr ausführlich und hier nur vereinfacht wiedergegeben sieht Arras das herrische und vernichtende Verhalten des Menschen gegenüber seiner Mitwelt als das Resultat der menschlichen Vergangenheit. Der Mensch sei im Gegensatz zu Tieren körperlich einer feindlichen Umgebung schutzlos ausgeliefert gewesen; zum Überleben untauglich. Dem Tier voraus habe er nur die Vernunft und die Phantasie. Die aus seiner Schutzlosigkeit resultierende Angst um sein Bestehen in der Welt, habe ihn erfinderisch gemacht und so im Überlebenskampf über das Tier gehoben. Heute müsse der Mensch sich nicht mehr im Überlebenskampf mit dem Tier messen, habe aber seine angstverursachten Verhaltensweisen beibehalten. Da den Menschen keine Not zu einer erneuten Verhaltensänderung zwingt, sei er in diesem Stadium verblieben: „Die Weitergabe unserer immanenten Angst vor Tieren und Natur, den Unbilden, die wir in der Prähistorie erleben mußten, und die sich noch heute in diversen Phobien vor bestimmten Tieren, Gewittern, der Dunkelheit etc. widerspiegeln, macht uns noch heute unbewußt vor, daß wir noch immer gegen die Mitwelt und ihre Wesen Angst haben und kämpfen müßten.“

Das heutige Verhalten der Menschen erklärt der Referent schließlich mit interessanten und gut begründeten psychologischen Herleitungen und vergleicht ihn mit einem Psychopathen und dessen Verhaltensweisen gegen seine Opfer. „Die Menschheit verhält sich gegenüber der Mitwelt psychopathisch, narzißtisch und bezüglich der fatalen Folgen ihres Tuns autistisch. Der Homo sapiens, wie wir uns selbstgefällig bezeichnen, also der weise bzw. wissende Mensch, ist außer Stande, seinem Wissen gemäß zu handeln. Er weiß alles, aber er hat nichts begriffen.“

Die „Psychosafari“, auf die der Referent sodann die Vortragsgäste mitnahm, ist zu tiefgehend und detailliert, als daß sie hier angemessen dargestellt werden könnte. Die psychologische Kritik am Menschen greift letztlich aus in einen Rundumschlag gegen die bereitwillige Selbstentmündigung des Einzelnen, den sozialen Zersetzungsprozeß und die kapitalistische Ausbeutungs-ideologie, die alle Existenz dem Gelde unterordnet.

Peter Arras rief abschließend zu einem Neuanfang auf, der zu einer Welt führen solle, die es wieder verdient habe, daß Leben in sie hineingeboren werde. Der Mensch müsse sich als Wesen höher entwickeln und zu einer neuen Ehrfurcht vor dem Leben finden. Der Mensch müsse begreifen, daß er nicht mehr in der Steinzeit lebe und seine Mitwelt ihm nicht mehr der tödliche Feind von einst sei.

Man mußte Arras nicht in jedem Detail zustimmen. Grundsätzlich traf seine Fundamentalkritik aber den Kern der heutigen Probleme des Menschen und des Tierschutzes. Peter Arras' wirklich lesenswerter Vortragstext kann gegen Spende als geheftete Broschüre angefordert werden. Kontaktdaten siehe unten!

Mit diesem Vortrag endete die Tagung der „Herbert-Gruhl-Gesellschaft“. Die Teilnehmer dürften ein harmonisches, familiäres und mit vielen Informationen und Denkanstößen befruchtendes Wochenende erleben.

Robert Blum

Bürgerprotest gegen Olympische Spiele

München hat sich zusammen mit Garmisch-Partenkirchen und Berchtesgaden für die Olympischen Winterspiele im Jahre 2018 beworben. Nun droht Ungemach von Seiten einzelner Politiker und Bürger von Garmisch-Partenkirchen, die über die Bewerbung und die möglichen hohen finanziellen Belastungen, die auf die Marktgemeinde zukommen könnten, abstimmen wollen. Auch Bauern fürchten um ihre Wiesen und Grundstücke, die für Sportstätten und Infrastruktur benötigt werden und danach vielfach nicht mehr für die Landwirtschaft nutzbar sein könnten. Die Sorge, daß wegen 14 Tagen nicht nur das Ortsbild, sondern auch eine Jahrhunderte alte Kulturlandschaft unwiederbringlich zerstört wird, ist nicht unberechtigt und das in Erwägung gezogene Ratsbegehren wird zeigen, wer letztlich hier auf der Siegerseite steht.

Kurz vor Redaktionsschluß erhielten wir die Nachricht, daß der Gemeinderat eine Volksabstimmung ablehnt, so daß sich nunmehr die Freunde der Spiele bestätigt fühlen. Ein noch mögliches Bürgerbegehren will zumindest die CSU nicht mehr aktiv unterstützen.